

Erlasstitel	Verordnung über die Gebühren zum Zivilrecht (GebV)
SGS-Nr.	211.71
GS-Nr.	30.491
Erlass-Datum	8. Januar 1991
In Kraft seit	1. Januar 1991
Inkrafttreten der letzten Änderung	1. April 2009

Verordnung über die Gebühren zum Zivilrecht (GebV)¹

Vom 8. Januar 1991

GS 30.491

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 126 des Gesetzes vom 30. Mai 1911² über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB) sowie auf § 18 des Gesetzes vom 17. Oktober 2002³ über die Einführung des Obligationenrechts (EG OR) beschliesst:⁴

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1⁵ Geltungsbereich

Diese Verordnung regelt die Gebührenerhebung für Bewilligungen und Verrichtungen durch die kantonalen und kommunalen Amtsstellen sowie die privaten Notarinnen und Notare, wie sie im schweizerischen und im kantonalen Zivilrecht vorgesehen sind.

§ 2 Umfang der Gebühr

¹ Die Gebühr ist das Entgelt für einen Geschäftsakt und alle damit notwendig zusammenhängenden Tätigkeiten wie Abklärungen, Beratungen, Verhandlungen, Ausfertigung des Aktes sowie die notwendigen Mitteilungen.

² Zustimmende und ablehnende Entscheide sind gleichermassen gebührenpflichtig.

³ Auslagen für Erhebungen (Gutachten, Sachverständigenberichte usw.), Fahrten, Veröffentlichungen, Porti, Telefongespräche usw. werden besonders in Rechnung gestellt. Für die einzelnen Geschäfte können Pauschalen gemäss den durchschnittlich anfallenden Auslagen festgelegt werden.⁶

⁴ Für Fotokopien können neben den Gebühren pro Seite 1 Fr. erhoben werden.⁷

¹ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

² GS 16.104, SGS 211

³ SGS 212

⁴ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁵ Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

⁶ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁷ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

§ 2a¹ Bemessung der Aufwandgebühren

¹ Die Aufwandgebühren der Notariate der Bezirksschreibereien sowie der Erbschafts- und Grundbuchämter bemessen sich nach den folgenden Ansätzen:

- a. Notarinnen und Notare: 150 Franken pro Stunde;
- b. Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter: 120 Franken pro Stunde;
- c. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter: 100 Franken pro Stunde.

² ...²

§§ 3 und 4³**§ 4a⁴ Gebühren in ausserordentlich aufwändigen Fällen**

Bei ausserordentlich aufwändigen Fällen kann die Gebühr über den Gebührenrahmen im Umfang des ausserordentlichen Mehraufwands erhöht werden.

§ 4b⁵ Vorbereitung durch Dritte

Werden Dokumente durch Dritte vorbereitet und der Behörde vorgelegt, so ist die volle Gebühr geschuldet.

§ 5⁶ Gebühr für nicht zustandegekommene Geschäfte bzw. bei Absehen von Massnahmen⁷

¹ ⁸ Eine Gebühr entsprechend dem Arbeitsaufwand ist zu erheben:

- a. bei Rückzug eines ganz oder teilweise vorbereiteten Geschäftes;
- b. bei Nichtzustandekommen eines Geschäftes;
- c. bei Verfahren, die von Amtes wegen einzuleiten sind, und bei denen von der Anordnung von Massnahmen abgesehen wird. Vorbehalten bleibt Absatz ¹ ^{bis}.

¹ ^{bis} Auf die Erhebung einer Gebühr ist im Falle von § 17a Absatz 3 zu verzichten. Eine Reduktion der Gebühr erfolgt im Falle von § 17a Absatz 2.⁹

² Die Gebühren für die Ausfertigung von notariellen Urkunden werden der anmeldenden Partei in Rechnung gestellt. Bei mehreren Anmeldenden kann die ganze Rechnung einem der beiden auferlegt werden.

¹ Ergänzung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

² Aufgehoben am 24. März 2009 (GS 36.1048), mit Wirkung ab 1. April 2009.

³ Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.433), mit Wirkung ab 1. Januar 2005.

⁴ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁵ Ergänzung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁶ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁷ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁸ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁹ Ergänzung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

§ 6¹ Gebührentragung

¹ Wer eine Anmeldung einreicht oder eine Amtshandlung veranlasst, haftet für die Bezahlung der Gebühren und Auslagen.

² Die Vertragsparteien haben je die Hälfte der Gebühren zu entrichten, sofern im Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

² ^{bis} Gebühren und Auslagen, die in vormundschaftsrechtlichen Verfahren betreffend Unmündige anfallen, werden beiden Eltern je zur Hälfte auferlegt. In besonderen Fällen kann eine andere Kostenaufteilung verfügt werden.²

³ Mehrere Partner einer Vertragspartei haften solidarisch für die in Rechnung gestellten Gebühren und Auslagen.

³ ^{bis} Im Vormundschaftsbereich haften die Eltern für die in Rechnung gestellten Gebühren und Auslagen solidarisch.³

⁴ Es kann ein Kostenvorschuss bis zur Höhe der voraussichtlichen Gebühr einverlangt werden. Amtshandlungen, die nur auf Antrag vorzunehmen sind, können verweigert werden, solange der Kostenvorschuss nicht geleistet ist.

§ 7 Gebührenverfügung

Die Gebühren inklusive Auslagen werden mit Abschluss der Amtstätigkeit in Rechnung gestellt.

§ 8 Fälligkeit, Verzugszins

¹ Die Zahlungsfrist für rechtskräftig verfügte Gebühren beträgt 30 Tage.

² Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird ein Verzugszins erhoben. Die Höhe richtet sich nach dem für die Staatssteuer geltenden Zinssatz.

³ Die erste Mahnung erfolgt kostenlos, weitere Mahnungen werden mit 40 Fr. pro Mahnung in Rechnung gestellt.⁴

§ 9 Gebührenbefreiung

¹ Keine Gebühren werden erhoben beim Erwerb von Liegenschaften, Abschluss von Tauschverträgen, bei der Begründung und Übertragung von Kaufrechten an Liegenschaften sowie bei der Eintragung von Dienstbarkeiten durch den Kanton und seine unselbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten, die Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden. Sie bezahlen bei Verkäufen und der Errichtung von selbständigen und dauernden Baurechten für ihren Hälfteanteil ebenfalls keine Gebühren.⁵

¹ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

² Ergänzung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

³ Ergänzung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁴ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁵ Fassung vom 29. November 1994 (GS 31.830), in Kraft seit 1. Januar 1995.

² Für alle übrigen Geschäfte dieser Verordnung bezahlen die öffentlich-rechtlichen Anstalten und die Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden die ordentlichen Gebühren.¹

§ 10² Gebührenerlass

¹ Aufwandgebühren und Auslagen können auf Gesuch hin ganz oder teilweise erlassen werden, wenn ein finanzieller Härtefall vorliegt oder wenn die Gebühr unter Würdigung der gesamten Umstände als zu hoch erscheint.

² Promillegebühren können auf Gesuch hin natürlichen Personen ganz oder teilweise erlassen werden, wenn ein finanzieller Härtefall vorliegt.

³ Das Gesuch muss in jedem Fall vor Einleitung einer Betreuung gestellt werden.

§ 11 Zuständigkeit für Gebührenerlass

¹ Die Sicherheitsdirektion ist für den Erlass kantonalen Gebühren dieser Verordnung bis zum Betrag von 5'000 Fr., der Regierungsrat für höhere Gebühren zuständig.³

² Der Gemeinderat und in den Fällen von § 17 die Vormundschaftsbehörde sind für den Erlass von gemeindeeigenen Gebühren zuständig.

§ 12⁴

B. Gebühren für den Kanton

§ 13⁵ Namensänderungs-, Adoptions- und Vormundschaftsgebühren

- | | | |
|----|--|-----------------|
| 1. | Namensänderung (ZGB 30 Absatz 1) | 500 - 2'000 Fr. |
| 2. | Adoption (ZGB 268 Absatz 1) | 700 - 2'000 Fr. |
| 3. | Adoptionsbescheinigung (BG-HAÜ ⁶ 12) | 50 - 200 Fr. |
| 4. | Pflegekinderbewilligung im Hinblick auf Adoption ausserhalb des Anwendungsbereichs des HAÜ ⁷ und des BG-HAÜ ⁸ | 50 - 2'000 Fr. |
| 5. | Bewilligungen und Entscheide im Hinblick auf Adoption im Anwendungsbereich des HAÜ ⁹ und des BG-HAÜ ¹⁰ , vorbehalten bleibt Ziffer 3 | 500 - 2'000 Fr. |

¹ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

² Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

³ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁴ Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.

⁵ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁶ SR 211.221.31

⁷ SR 0.211.221.311

⁸ SR 211.221.31

⁹ SR 0.211.221.311

¹⁰ SR 211.221.31

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 6. | Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte (ZGB 265, 287, 288, 404, 422; Sterilisationsgesetz ¹ 6, 7, 8) | 150 - 1'300 Fr. |
| 7. | Neuregelung der Zuteilung der elterlichen Sorge (ZGB 298a Absatz 2) | 300 - 1'150 |
| 8. | Entziehung der elterlichen Sorge (ZGB 311) | 1'000 - 2'550 Fr. |
| 9. | Auskunftserteilung an Privatpersonen aus dem Vormundschaftsregister (EG ZGB 77 Absatz 4) | 20 - 100 Fr. |
| 10. | Bescheinigungen, Bestätigungen | 50 - 500 Fr. |

§ 14² Beurkundungsgebühren

I.³ Personenrecht

- | | | |
|-----|------------------------------------|---------------|
| 1a. | Errichtung einer Stiftung (ZGB 81) | 400-2'000 Fr. |
| 1b. | Änderung einer Stiftung | 400-2'000 Fr. |

II.⁴ Familienrecht

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 2a. | ⁵ Ehevertrag sowie Vermögensvertrag, auch in Verbindung mit erbrechtlichen Verfügungen (ZGB 184 und PartG ⁶ 25) | 400-2'000 Fr. |
| 2b. | Änderung | 400-2'000 Fr. |
| 2c. | Aufhebung | 200-600 Fr. |
| 3a. | Aufnahme eines Inventars mit öffentlicher Urkunde (ZGB 195a) | 400-2'000 Fr. |
| 3b. | Aufnahme eines Scheidungsinventars (EG ZGB 14) | 400-2'000 Fr. |
| 3c. | ⁷ Aufnahme eines Inventars der eigenen Vermögenswerte (PartG ¹¹ 20) | 400-2'000 Fr. |
| 4. | Errichtung einer Familienstiftung (ZGB 335) | 400-2'000 Fr. |
| 5a. | Errichtung einer Gemeinderschaft (ZGB 337) | 400-2'000 Fr. |
| 5b. | Änderung einer Gemeinderschaft | 400-2'000 Fr. |

III.⁸ Erbrecht

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 6a. | Errichtung einer öffentlichen letztwilligen Verfügung (ZGB 498, 499) | 400-2'000 Fr. |
| 6b. | Änderung einer öffentlichen letztwilligen Verfügung | 400-2'000 Fr. |

¹ SR 211.111.1

² Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

³ Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

⁴ Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

⁵ Fassung vom 19. Dezember 2006 (GS 35.1105), in Kraft seit 1. Januar 2007.

⁶ SR 211.231

⁷ Ergänzung vom 19. Dezember 2006 (GS 35.1105), in Kraft seit 1. Januar 2007.

⁸ Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

- 7a. Errichtung eines Erbvertrags, auch in Verbindung mit güter- und sachenrechtlichen Verfügungen (ZGB 512) 400-2'000 Fr.
- 7b. Änderung eines Erbvertrags 400-2'000 Fr.

IV. Sachenrecht

- 8 Aufhebung des Teilungsanspruchs bei Miteigentum (ZGB 650) 100-300 Fr.
- 9a.¹ Verträge auf Eigentumsübertragung (ZGB 657) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 9b.² Tauschverträge Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 9c.³ Realteilung von Gesamt- und Miteigentum Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 10 Aufhebung oder Änderung einer gesetzlichen Eigentumsbeschränkung (ZGB 680) 100-300 Fr.
- 11 Vereinbarung über Aufhebung oder Änderung des gesetzlichen Vorkaufsrechts im Miteigentums- oder Bauverhältnis (ZGB 682, GBV 71a) 100-300 Fr.
- 12a.⁴ Begründungsakt für Stockwerkeigentum, Vertrag oder Erklärung (ZGB 712d) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 12b. Änderung sowie Aufhebung des Stockwerkeigentums (ZGB 712b) 300-2'000 Fr.
- 13a. Bestellung einer Nutzniessung an Grundstücken (ZGB 746) 100-1'000 Fr.
- 13b. Änderung 100-300 Fr.
- 14 Inventar über Nutzniessungsgegenstände (ZGB 763) 100-1'000 Fr.
- 15a. Bestellung eines Wohnrechtes (ZGB 776) 100-1'000 Fr.
- 15b. Änderung 100-300 Fr.
- 16a.⁵ Bestellung eines selbständigen und dauernden Bauvertrags (ZGB 779a) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 16b. Änderung des Baurechtsvertrags 100-1'000 Fr.
- 17 Bestellung einer Dienstbarkeit oder Grundlast (ZGB 783) 100-1'000 Fr.
- 18a.⁶ Errichtung einer Grundpfandverschreibung, eines Schuldbriefs, einer Gült oder einer Schiffsverschreibung (ZGB 799) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 18b.⁷ Pfandbeschwerden Aufwandgebühren gemäss § 2a

1 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 2 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 3 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 4 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 5 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 6 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 7 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

- 18c. Pfandvermehrungen 100-500 Fr.
- 18d. Änderung der Vertragsbestimmungen inkl. Umwandlung von Pfandrechten (Inhaber- in Namensschuldbrief, Maximal- in Kapitalhypothek und umgekehrt, Pfandrechte- teilungen und -zusammenlegungen, Erhöhung Maximalzins usw.) 300-1'000 Fr.
- 18¹ Bei Grundbuchgeschäften wird für die Abwicklung des Geldverkehrs (Bezug und Auszahlung von Darlehenskapitalien und Kaufpreisen, Abrechnungen usw.) eine Gebühr von 500-2'000 Fr. erhoben.

V. Obligationenrecht

- 19² Ersatz der Unterschrift (OR 15) 50-200 Fr.
- 20³ Unmöglichkeit der Rückgabe eines Schuldscheines (OR 90) 200-500 Fr.
- 21a.⁴ Grundstückskauf (OR 216 I) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 21b. Vorverträge (OR 216 II) 400-2'000 Fr.
- 21c.⁵ Kaufs- und Rückkaufsrechte über Grundstücke (OR 216 II) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 21d. Vorkaufsrechte über Grundstücke 200-2'000 Fr.
- 22.⁶ Tausch (OR 237) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 23a.⁷ Schenkung von Grundstücken (OR 243) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 23b. Schenkungsrückfall bei Grundstücken unabhängig vom Schenkungsvertrag (OR 247) 100-1'000 Fr.
- 23c. Verkehrswertschätzung von Grundstücken durch die Steuerverwaltung, sofern das Rechtsgeschäft nicht zu Stande kommt 100-2'000 Fr.
- 24.⁸ Bürgschaftserklärung (OR 493) Aufwandgebühren gemäss § 2a
- 25a.⁹ Errichtung und Änderung eines Verpfändungsvertrags (OR 522) 400-2'000 Fr.
- 25b. zusätzlich für damit verbundene Eigentumsübertragungen von Liegenschaften

1 Ergänzung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 2 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 3 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 4 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 5 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 6 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 7 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 8 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 9 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

	Grundbuchgebühr für Eigentumsübertragungen gemäss § 16 Ziffer 3a. hienach	
26a. ¹	Gründung einer Aktiengesellschaft (OR 620 ff.)	800-1'500 Fr.
	Für damit verbundene Eigentumsübertragungen von Liegenschaften durch Singularkzession (Sacheinlagen) ist zusätzlich die Beurkundungs- und Grundbuchgebühr für Eigentumsübertragungen gemäss § 14 Ziffer 9a und § 16 Ziffer 3a zu berechnen.	
26a ^{bis2}	Nachliberierung	500-1'500 Fr.
26b. ³	Kapitalerhöhung (ordentliche, genehmigte, bedingte), Generalversammlungsbeschluss (OR 650)	gleiche Gebühr wie Ziffer 26a
26c.	... ⁴	
26d.	Kapitalherabsetzung und Protokolle anderer Generalversammlungsbeschlüsse sowie weitere Verrichtungen.	200-2'000 Fr.
27	Kommanditaktiengesellschaft (OR 764 ff.)	
	gleiche Gebühr wie Ziffer 26 a-d hievor	
28a.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (OR 772 ff.)	
	gleiche Gebühr wie Ziffer 26 a-d hievor	
28b. ⁵	Abtreten eines Gesellschaftsanteils (OR 791)	200-1'500 Fr.
29 ⁶	Wechselproteste (OR 1034)	200-1'000 Fr.
30 ⁷	Checkproteste (OR 1128)	200-1'000 Fr.
VI.⁸ Fusionsgesetz⁹		
30a.	Fusionsbeschluss (FusG 20), pro Rechtsträger	200-800 Fr.
30b.	Spaltungsbeschluss (FusG 44), pro Rechtsträger	200-800 Fr.
30c.	Umwandlungsbeschluss (FusG 65)	400-1'600 Fr.
30d.	Vermögensübertragungsvertrag (FusG 70 II)	200-800 Fr.
30	Feststellungsurkunde betreffend Übergang des Eigentums bei Fusionen von nicht im Handelsregister eingetragenen Vereinen oder Stiftungen sowie bei Abspaltungen (FusG 104 III)	200-500 Fr.
30f.	Neugründungen, Nachliberierung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Abtreten von Gesellschaftsanteilen im Rahmen einer Fusion, Spaltung, Umwandlung oder Vermögensübertragung	

1 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 2 Ergänzung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 3 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 4 Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.433), mit Wirkung ab 1. Januar 2005.
 5 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 6 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 7 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 8 Ergänzung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 9 SR 221.301

zusätzlich gleiche Gebühr wie Ziffer 26a-28a

VII.¹ Weitere öffentliche Beurkundungen

31	Beurkundung einer privaten Baulandumlegung (BauG 72)	400-4'000 Fr.
31. ^{bis}	Aufteilung und Vereinigung von Grundstücken	200-4000 Fr.
32 ²	Öffentliche Beurkundung von Willenserklärungen, die nach Gesetz dieser Form nicht bedürfen	200-2'000 Fr.
33 ³	Urkunden über Tatbestände, Hergänge und rechtliche Verhältnisse, die in diesem Abschnitt nicht aufgezählt sind, wie Verlosungen, Wettbewerbe usw.	200-2'000 Fr.

VIII.⁴ Beglaubigungen

34	Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens (EG ZGB 23b)	10-100 Fr.
35 ⁵	Beglaubigung einer Abschrift, einer Fotokopie oder eines Auszuges (EG ZGB 23b)	10-500 Fr.

§ 15⁶ Erbschaftsgebühren

1a. ⁷	Aufbewahrung einer Verfügung von Todes wegen, eines Ehevertrages oder eines Vermögensvertrages (ZGB 504, 505, 512 ff., PartG ⁸ 25; EG ZGB 14)	40-100 Fr.
1b.	Auswechseln einer Verfügung oder von Beilagen	20-100 Fr.
1c.	Deponierung von weiteren Verfügungen oder Beilagen	20-100 Fr.
2. ⁹	Willensvollstreckung durch das Erbschaftsammt oder den Bezirksschreiber (ZGB 517 ff.)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
3	Siegelung einer Erbschaft (ZGB 552; EG ZGB 61)	200-1'000 Fr.
4a. ¹⁰	Aufnahme eines Erbschaftsinventars (ZGB 553, 581; EG ZGB 62)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
4b. ¹¹	Aufnahme eines Nebeninventars auf Antrag der Behörde, welche das Hauptinventar erstellt	200-2'000 Fr.
4c.	... ¹²	

1 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 2 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 3 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 4 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 5 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 6 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.
 7 Fassung vom 19. Dezember 2006 (GS 35.1105), in Kraft seit 1. Januar 2007.
 8 SR 211.231
 9 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 10 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 11 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 12 Aufgehoben am 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend ab 1. Januar 2006.

5. ¹	Erbschaftsverwaltung (ZGB 554, 555; EG ZGB 64)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
6	Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (ZGB 557, 558):	
6a.	für die Eröffnung selbst	50-300 Fr.
6b.	für die Anzeigen an die Erben und Vermächtnisnehmer	je 20-100 Fr.
7	Ausstellung einer Erbgangsbeurkundung bzw. Erbenbescheinigung (ZGB 559)	50-1'000 Fr.
8 ²	Erbenermittlung	50-2'000 Fr.
8b.	... ³	
9. ⁴	Aufnahme eines öffentlichen Inventars (ZGB 581)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
10a.	Anordnung eines Rechnungsrufes (ZGB 582; EG ZGB 65)	100 Fr.
10b.	Vormerkung der eingegangenen oder von Amtes wegen aufgenommenen Anmeldung im Inventar, pro Eingabe (ZGB 582, 583)	20 Fr.
10c.	Anzeigen pro Schuldner und Gläubiger (ZGB 537 ff., 583)	je 20 Fr.
11	Handänderungs- und Schuldübernahmeanzeigen	je 50 Fr.
12	Auflage des Inventars (ZGB 584)	50 Fr.
13	Aufforderung zur Erklärung über den Erwerb der Erbschaft (ZGB 567 f., 587)	je 20 Fr.
14. ⁵	Erbschaftsliquidation (ZGB 593 ff.)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
15a. ⁶	Erbteilungsvertrag (ZGB 607 ff., 634 ff.)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
15b.	Antrag auf Erbteilung (GBV 18)	200-2'000 Fr.
15c.	Erbenverhandlung (EG ZGB 69)	300-5'000 Fr.
16	Verfügung nach Art. 612 ZGB mit Einschluss der Anzeigen (ZGB 612)	100-1'000 Fr.

1 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 2 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 3 Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.433), mit Wirkung ab 1. Januar 2005.
 4 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 5 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 6 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

17	Ernennung eines Erbenvertreters oder einer Erbenvertreterin, eines Erbschaftsverwalters oder einer Erbschaftsverwalterin, eines Erbschaftsliquidators oder einer Erbschaftsliquidatorin (ZGB 554, 595, 602)	200-1'000 Fr.
	Die Bezirksschreiberei setzt die Entschädigung des Erbenvertreters nach dem Arbeitsaufwand fest. Die Vergütung pro Stunde richtet sich nach einem angemessenen berufsüblichen Ansatz.	
18	für aufwendige Akteneinsicht	50-500 Fr.
19 ¹	Weitere Verfügungen und Verrichtungen im Erbschaftswesen, die in diesem Abschnitt nicht aufgezählt sind	30-1'000 Fr.
§ 16² Grundbuchgebühren		
1	Eröffnung eines Grundbuchblattes (ZGB 943, 945)	50-200 Fr.
2	Liegenschaftsbeschreibung (GBV 4): Änderung im Beschrieb, Mutation (GBV 85 ff.)	20-100 Fr. pro Grundstück
3	Eigentum (ZGB 958):	
3a. ³	Eintragung eines Eigentumsüberganges (GBV 31 ff.)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
3b.	... ⁴	
3c.	... ⁵	
3d.	Umwandlung eines Gesamthandsverhältnisses in ein anderes, ohne Veränderung im Personalbestand (Erbengemeinschaft, einfache Gesellschaft, Kollektivgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gütergemeinschaft)	20 Fr. pro Grundstück
3e. ⁶	Änderung des Namens oder des Zivilstands eines Eigentümers, bei Änderung der Firma, beiausserbuchlichem Übergang infolge Fusion, Spaltung oder Vermögensübertragung sowie bei Änderung der Firma infolge Umwandlung	50 Fr. pro Person
3f.	Änderung des Eigentums bei Gütergemeinschaft (ZGB 665 III)	100 Fr. pro Grundstück

1 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 2 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.
 3 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 4 Aufgehoben am 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend ab 1. Januar 2006.
 5 Aufgehoben am 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend ab 1. Januar 2006.
 6 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

4	Dienstbarkeiten und Grundlasten (ZGB 958, GBV 35 ff.):	
4a.	Eintragung (auch Ausdehnung):	50-100 Fr. pro Grundstück
4b.	Änderung/Bereinigung:	50-100 Fr. pro Grundstück
4c.	Löschung:	20 Fr. pro Grundstück
5	Grundpfandrechte (ZGB 837 ff., 958; GBV 40 ff.):	
5a. ¹	Eintragung (auch Erhöhung)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
5b.	Änderung an Grundpfandrechten (Pfandentlassungen und -vermehrungen, Änderung der Darlehens- bestimmungen, Titelnachführung usw.)	50-200 Fr. pro Grundpfandrecht
5c.	Eintragung der Gläubigerrechte	50 Fr. pro Grundpfandrecht
5d.	Löschung	50-200 pro Grundpfandrecht
5	Neuausstellung amortisierter Titel sowie Erstellen von Eigentümerschuldbriefen	100-1'000 Fr.
5f.	Umwandlung von Grundpfandrechten	100-1'000 Fr.
6	Anmerkungen (ZGB 962, GBV 78 ff.):	
6a.	Eintrag, Änderung oder Löschung	30-100 Fr. pro Grundstück
6b.	Eintragung von Zubehör (ZGB 644)	30-100 Fr. pro Grundstück
7	Vormerkungen (ZGB 960, 961; GBV 70 ff.) Eintragung, Änderung oder Löschung	50 Fr. pro Grundstück
8	Grundbucheinsicht:	
8a.	Grundbuchauszug (GBV 105 ff.)	40-100 Fr. pro Grundstück
8b.	für aufwendige Einsicht in Grundbuch und Belege	50-500 Fr.
9	Für Eintragungen, die mit Bodenverbesserungen oder mit Bodenaus- tausch zum Zweck der Abrundung landwirtschaftlicher Betriebe zusam- menhängen, werden keine Gebühren erhoben (ZGB 954).	
10	Weitere Eintragungen und Verrichtungen im Grundbuch- wesen, die in diesem Abschnitt nicht aufgezählt sind	50-1'000 Fr.

¹ Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

§ 16a¹ Gebühren für Viehverpfändungen

1a.	Eintragungen, Änderungen und Löschungen im Verschreibungsprotokoll	10–50 Fr.
1b.	Mitteilungen, Löschungsermächtigungen	10 Fr.
1c. ²	Mitwirkung der Beauftragten für die Landwirtschaft	10–50 Fr.

§ 16b³ Gebühren des Obligationenrechts (EG OR)

1	Durchführung von Versteigerungen gemäss EG OR	1'000-10'000 Fr.
2	Erteilung von Bewilligungen für Fahrnisversteigerun- gen (EG OR 1, 3)	50-500 Fr.
3	Bewilligung für die berufsmässige Ehe- und Partner- schaftsvermittlung (EG OR 12)	50-3'000 Fr.
4	Bewilligung zur Ausgabe von Wertpapieren durch Lagerhalter (EG OR 14)	200-1'000 Fr.

C.⁴ Gebühren für die Gemeinden; Entschädigung für Inhaberinnen und Inhaber vormundschaftlicher Mandate

§ 17⁵ Vormundschaftsgebühren

I. Massnahmen betreffend Mündige

1.	Vorsorgliche Massnahmen während des Entmündigungs- oder Verbeerungsverfahrens (ZGB 386 Absatz 1)	500 - 1'300 Fr.
2.	Vorläufige Entziehung der Handlungsfähigkeit inkl. Ernenn- ung der Vertreterin bzw. des Vertreters (ZGB 386 Absatz 2)	550 - 1'700 Fr.
3.	Beistandschaften inkl. Ernennung der Beiständin bzw. des Beistandes (ZGB 392, 393, 394):	
a.	Beistandschaften (ZGB 392 Ziffern 1, 2 und 3)	450 - 1'050 Fr.
b.	Beistandschaften (ZGB 392 Ziffer 1 kombiniert mit 393 Ziffer 2, 393, 394)	450 - 1'450 Fr.
4.	Ernennung der Vormundin bzw. des Vormundes und der Beirätin bzw. des Beirates (ZGB 385 Absatz 1, 396 Ab- satz 1)	350 - 950 Fr.
5.	Unterstellung einer entmündigten Person unter die elterli- che Sorge (ZGB 385 Absatz 3)	300 - 950 Fr.

¹ Ergänzung vom 23. November 1993 (GS 31.417), in Kraft seit 1. Januar 1994.

² Fassung vom 12. Oktober 1999 (GS 33.800), in Kraft seit 1. Januar 2000.

³ Ergänzung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁴ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁵ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

Die Aufhebung und die Abänderung von Massnahmen sind in gleicher Weise gebührenpflichtig wie deren Anordnung.

II. Massnahmen betreffend Unmündige

- | | |
|---|----------------------------------|
| 1. Vormundschaft inkl. Ernennung der Vormundin bzw. des Vormundes (ZGB 368 Absatz 1) | 300 - 1'450 Fr. |
| 2. Vormundschaft inkl. Ernennung der Vormundin bzw. des Vormundes sowie Beistandschaft inkl. Ernennung der Beiständin bzw. des Beistandes im Zusammenhang mit internationalen Adoptionen (BG-HAÜ ¹ 17, 18) | 150 - 450 Fr. |
| 3. Vertretungsbeistandschaft (ZGB 392 Ziffern 2 + 3) und Verwaltungsbeistandschaft (ZGB 393 Ziffer 3) inkl. Ernennung der Beiständin bzw. des Beistandes | 300 - 950 Fr. |
| 4. Ernennung der Beiständin bzw. des Beistandes im Scheidungsverfahren (ZGB 147 Absatz 1) | 250 - 650 Fr. |
| 5. Geeignete Massnahmen zum Schutze des Kindes (ZGB 307) | 500 - 2'300 Fr. |
| 6. Erziehungsbeistandschaft inkl. Ernennung der Beiständin bzw. des Beistandes (ZGB 308);
sofern auf richterliche Anweisung | 650 - 2'350 Fr.
250 - 650 Fr. |
| 7. Beistandschaft zur Feststellung der Vaterschaft inkl. Ernennung der Beiständin bzw. des Beistandes (ZGB 309) | 300 - 650 Fr. |
| 8. Aufhebung der elterlichen Obhut und Unterbringung des Kindes (ZGB 310) | 2'300 - 4'350 Fr. |
| 9. Unterbringung einer bevormundeten unmündigen Person in einer Anstalt (ZGB 405a Absatz 1) | 450 - 2'450 Fr. |
| 10. Entziehung der elterlichen Sorge inkl. Ernennung der Vormundin bzw. des Vormundes (ZGB 312) | 1'000 - 2'550 Fr. |
| 11. Prüfung des Inventars über das Kindesvermögen (ZGB 318) | 100 - 700 Fr. |
| 12. Anordnung der periodischen Rechnungsstellung und Berichterstattung über das Kindesvermögen (ZGB 318 Absatz 3, 322 Absatz 2) | 350 - 750 Fr. |
| 13. Zustimmung zur Anzehung des Kindesvermögens (ZGB 320 Absatz 2) | 150 - 700 Fr. |
| 14. Geeignete Massnahmen zum Schutze des Kindesvermögens (ZGB 324 Absätze 1 + 2) | 350 - 650 Fr. |
| 15. Entziehung der Verwaltung des Kindesvermögens inkl. Ernennung der Beiständin bzw. des Beistandes (ZGB 325) | 400 - 900 Fr. |

¹ SR 211.221.31

- | | |
|--|-----------------|
| 16. Anordnungen über den persönlichen Verkehr (ZGB 275 Absatz 1, 134 Absatz 4, PartG ¹ 27 Absatz 2) | |
| a. Regelung des unbegleiteten Besuchsrechts, ohne Beschränkungen, Weisungen oder Ermahnungen (ZGB 273 Absatz 3, 134 Absatz 4, 274a Absatz 1) | 600 - 1'800 Fr. |
| b. Ermahnungen und Erteilung von Weisungen (ZGB 273 Absatz 2) | 400 - 1'550 Fr. |
| c. Verweigerung, Entzug oder Beschränkungen des persönlichen Verkehrs (ZGB 274 Absatz 2) inkl. begleitetes Besuchsrecht | 500 - 1'800 Fr. |
| 17. Neuregelung der elterlichen Sorge (ZGB 134 Absatz 3) | 300 - 1'150 Fr. |
| 18. Zuteilung der elterlichen Sorge an Vater (ZGB 298 Absatz 2) | 450 - 1'800 Fr. |
| 19. Genehmigung der Vereinbarung und Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge (ZGB 298a Absatz 1) | 300 - 1'150 Fr. |
| 20. Genehmigung von Unterhaltsverträgen (ZGB 134 Absatz 3, 287 Absätze 1 + 2) | 150 - 650 Fr. |

Die Aufhebung und die Abänderung von Massnahmen sind in gleicher Weise gebührenpflichtig wie deren Anordnung.

III. Massnahmen im Zusammenhang mit der Aufsicht

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Aufnahme eines Inventars (ZGB 398 Absatz 1) | 200 - 550 Fr. |
| 2. Zustimmungsbefürftige Rechtsgeschäfte (ZGB 377 Absatz 1, 404 Absatz 1, 412, 419 Absatz 2, 421) | 150 - 1'300 Fr. |
| 3. Antragstellung an Aufsichtsbehörde betreffend Zustimmung zu Rechtsgeschäften (ZGB 422) | 150 - 1'300 Fr. |
| 4. Prüfung und Genehmigung der Rechnungen (ZGB 423, 452) | 250 - 1'000 Fr. |

§ 17a² Gebührenverzicht

¹ Auf die Erhebung einer Gebühr gemäss § 17 kann ganz oder teilweise verzichtet werden:

- wenn der Zweck der Massnahme dadurch gefährdet ist;
- bei offensichtlicher Bedürftigkeit.

² Steht eine Gebühr in einem offensichtlichen Missverhältnis zum getätigten Aufwand, ist sie entsprechend zu reduzieren.

³ Auf die Geltendmachung einer Gebühr ist zu verzichten, sofern deren Erhebung unter Würdigung der gesamten Umstände als unbillig oder stossend erscheint.

⁴ Bei gleichzeitiger Anordnung oder gleichzeitiger Aufhebung mehrerer Mass-

¹ SR 211.231

² Ergänzung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

nahmen gemäss § 17 darf die Gebühr nicht mehrfach in Rechnung gestellt werden.

§ 18¹ Entschädigung für Inhaberinnen und Inhaber vormundschaftlicher Mandate²

¹ Die Inhaberinnen und die Inhaber vormundschaftlicher Mandate haben für ihre Amtsführung (Verwaltung des Einkommens und Vermögens inkl. Nutzniessungsvermögens, persönliche Betreuung usw.) Anspruch auf Entschädigung und Ersatz der Auslagen. Die Entschädigung und der Auslagenersatz werden aus dem Vermögen und Einkommen der unter dem vormundschaftlichen Mandat stehenden Person und, bei deren Bedürftigkeit, von der Vormundschaftsbehörde ausgerichtet. Die Bedürftigkeit bestimmt sich nach den Kriterien der Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege im Zivilprozess, wobei Vermögen unter 25'000 Fr. nicht angerechnet werden.³

² ⁴ Die Entschädigung der Inhaberinnen und der Inhaber vormundschaftlicher Mandate bemisst sich nach dem Aufwand, den ihre Amtstätigkeit notwendigerweise verursacht. Sie beträgt unter Vorbehalt von Absatz 2^{bis} pro zweijährige Rechnungsperiode:

- für die Einkommens- und Vermögensverwaltung 500 - 3'000 Fr.;
- für die persönliche Betreuung 500 - 3'000 Fr.;
- für die Amtsführung ausserhalb der Buchstaben a und b 200 - 5'000 Fr.

Ist die Entschädigung aufgrund dieser Ansätze als eindeutig zu niedrig oder zu hoch zu qualifizieren für die Amtsführung, die notwendigerweise zu leisten war, kann die Vormundschaftsbehörde die Entschädigung angemessen erhöhen bzw. reduzieren.

² ^{bis} Die Entschädigung für den Aufwand für die Führung von Mandaten im Sinne von § 3 des Gesetzes vom 17. Oktober 2002⁵ betreffend die Amtsvormundschaften durch Mitarbeitende der Amtsvormundschaften sowie der Sozialdienste der Gemeinden bemisst sich nach dem gemäss § 1 Absätze 2 und 3 der Verordnung vom 3. Juni 2003⁶ zum Gesetz betreffend die Amtsvormundschaften berechneten und jeweils geltenden Stundenansatz.⁷

³ Die Entschädigung gemäss Absatz 2 Buchstabe a kann nur beansprucht werden, wenn das Vermögen oder das Einkommen von der Inhaberin oder dem Inhaber des vormundschaftlichen Mandats tatsächlich verwaltet wird.⁸

⁴ ...⁹

⁵ Auslagen, die beansprucht werden, sind zu belegen.

¹ Fassung vom 19. November 1996 (GS 32.667), in Kraft seit 1. Januar 1997.

² Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

³ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁴ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁵ GS 34.853, SGS 214

⁶ GS 34.1077, SGS 214.11

⁷ Ergänzung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁸ Fassung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

⁹ Aufgehoben am 24. März 2009 (GS 36.1048), mit Wirkung ab 1. April 2009.

⁶ Wer als Anwältin oder Anwalt oder Treuhänderin oder Treuhänder mit Fach- oder gleichwertigem Ausweis eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft wahrnimmt, kann ein Honorar nach dem anwendbaren Berufstarif nur für diejenigen Verrichtungen beanspruchen, für die berufsspezifische Kenntnisse notwendig sind. Ansonsten erfolgt die Entschädigung nach Massgabe von Absatz 2.¹

§ 19 Fertigungs- und Katastergebühren

- Beurkundung von Verträgen auf Eigentumsübertragung sowie für Fertigungen
die Gebühren für die öffentliche Beurkundung gemäss § 14 hievor
- Eigentumsübertragungen aufgrund einer Handänderungsanzeige
10 Fr. pro Grundstück
- Die Katastergemeinden erheben für die Verrichtungen im Katasterwesen
die Grundbuchgebühren gemäss § 16 hievor.

§ 20 Erbschaftsgebühren

- Verrichtungen des Gemeinderates bei Erbteilungen (EG ZGB 71)
 $\frac{1}{2}\%$ der Schätzungssumme, mindestens 30 Fr., max. 50'000 Fr.
- Mitwirkung des Gemeinderates bei einer Inventaraufnahme (EG ZGB 62)
30 Fr. pro Stunde (angebrochene Stunden werden voll berechnet)
- Mitwirkung des Gemeinderates bei Augenscheinen, Schätzungen und dergleichen, pro Mitglied
30 Fr. pro Stunde (angebrochene Stunden werden voll berechnet)

§ 21²

§ 21a³

§ 22 Weitere Gebühren

- Leumundszeugnis 5–20 Fr.
- Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens 5–100 Fr.
- Ausstellung anderer Zeugnisse oder Bescheinigungen 5–20 Fr.
- Beglaubigung einer Abschrift, einer Fotokopie oder eines Auszuges
5–100 Fr. pro ganze oder angebrochene Seite

¹ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

² Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.

³ Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.

D. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 23 Änderung der Verordnung über den Heimatschein

Die Verordnung vom 23. Juni 1981¹ über den Heimatschein wird wie folgt geändert: ...²

§ 24 Änderung der Verordnung über die Einführung des Sperrfristbeschlusses

Die Verordnung vom 17. Oktober 1989³ über die Einführung des Bundesbeschlusses über die Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke und die Veröffentlichung von Eigentumsübertragungen vom 6.10.1989 wird wie folgt geändert: ...⁴

§ 25⁵ Übergangsregelung der Änderung vom 9. Dezember 2002

Für die bei Inkrafttreten der Änderung vom 9. Dezember 2002 hängigen Geschäfte richten sich die Gebühren nach der bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Regelung .

§ 25a⁶

§ 25b⁷ Übergangsregelung für die Änderung vom 16. Dezember 2003

Für die bei Inkrafttreten der Änderung vom 16. Dezember 2003 hängigen Geschäfte richten sich die Gebühren nach der bis zum 31. Dezember 2003 geltenden Regelung.

§ 25c⁸ Übergangsregelung für die Änderung vom 1. Januar 2005

Für die bei In-Kraft-Treten der Änderung vom 21. Dezember 2004 hängigen Geschäfte richten sich die Gebühren nach der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Regelung.

§ 25d Übergangsregelung für die Änderung vom 17. Januar 2006

¹ Für die Gebühren, die nach dem 31. Dezember 2005 in Rechnung gestellt werden, gelten grundsätzlich die Ansätze gemäss der Fassung vom 17. Januar 2006.

² Ist für Gebühren, die nach dem 31. Dezember 2005 in Rechnung gestellt

1 GS 27.738, SGS 113.14

2 GS 30.505

3 GS 30.407, SGS 211.81

4 GS 30.505

5 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

6 Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.

7 Ergänzung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

8 Ergänzung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.

werden, die bis zum 31. Dezember 2005 geltende Fassung günstiger, so ist diese anzuwenden.

§ 25e¹ Übergangsregelung für die Änderung vom 24. März 2009

¹ Für die bei Inkrafttreten der Änderung vom 24. März 2009 hängigen Geschäfte richten sich die Gebühren nach der bis zum 31. März 2009 geltenden Regelung.

² Für die bei Inkrafttreten der Änderung vom 24. März 2009 bestehenden vor-mundschaftlichen Mandate richtet sich die Entschädigung der Mandatsinhaberinnen und der Mandatsinhaber bis zum Ende der laufenden Berichts- und Rechnungsperiode nach der bis zum 31. März 2009 geltenden Regelung.

§ 26 Aufhebung bisherigen Rechtes

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden aufgehoben:

- die Verordnung vom 8. April 1976² zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und zum Gemeindegesetz (Gebührenverordnung)
- die Verordnung vom 22. Dezember 1987³ über Gebühren betreffend das Eherecht.

§ 27 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1991 in Kraft.

1 Ergänzung vom 24. März 2009 (GS 36.1048), in Kraft seit 1. April 2009.

2 GS 26.67

3 GS 29.553